

Pflegekinder in obersteirischer Familienwohngruppe der österreichischen Pro Juventute mussten Erbrochenes und Regenwürmer essen

Artikel auf ORF Steiermark vom 6. November 2012

URL:<http://steiermark.orf.at/news/stories/2557421/>

(Stand: 10. November 2012)

Prozess gegen Mitterndorfer Erzieher wieder vertagt

Der Prozess gegen fünf Sozialpädagogen, denen Misshandlungen in einer obersteirischen Familienwohngruppe vorgeworfen werden, in Leoben ist am Dienstag vertagt worden. Neue Beweisanträge wurden gestellt; ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Die Kinder mussten Erbrochenes und Regenwürmer essen, sie wurden getreten und mussten barfuß im Schnee stehen - mit diesen und auch noch anderen Methoden sollen die fünf Sozialpädagogen und Erzieher im Pro-Juventute-Haus in Bad Mitterndorf im Bezirk Liezen die Kinder laut Anklage über Jahre misshandelt haben.

„Quälen und Vernachlässigen von Pflegekindern“

Zwischen fünf und 13 Jahre alt waren die Kinder, als sie den Grausamkeiten ihrer Betreuer ausgesetzt waren. Im Herbst 2010 hatte ein Feriengast aus Wien die Methoden öffentlich gemacht und damit den Fall ins Rollen gebracht. Nach langen Ermittlungen begann im April 2012 am Landesgericht Leoben der Prozess gegen die Leiterin der Wohngruppe, ihren Ehemann und drei weitere Betreuer, beschuldigt des Quälens und Vernachlässigens der fünf Pflegekinder, drei Mädchen und zwei Buben - mehr dazu auch in [Prozess nach Pflegefamilienskandal](#) (9.4.2012).

Angeklagte bekannten sich nicht schuldig

Alle Angeklagten bekannten sich schon damals vor Gericht nicht schuldig. Auf der langen Liste der Vorwürfe gegen sie steht unter anderem auch, dass sie den Kindern Elternbesuche vorenthalten haben sollen, sie gezwungen haben sollen, auf Fliesen zu schlafen und Zitronen und stark gepfefferte Eier zu essen. Die betroffenen Kinder wurden sofort nach Bekanntwerden der Vorwürfe in ein anderes Pflegeheim verlegt.

Bis zu drei Jahre Haft drohen

Im April wurde die Verhandlung schließlich vertagt - die Richterin wollte weitere Zeugen hören. Am Montag wurde der Prozess - zum Schutz der minderjährigen Opfer unter Ausschluss der Öffentlichkeit - nun fortgesetzt und am Dienstag erneut vertagt - neue Beweisanträge wurden gestellt.

Im Fall einer Verurteilung drohen den Angeklagten Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren; ein neuer Termin steht noch nicht fest.